

Dr. Sebastian Pflugbeil, Präsident

Gormannstr. 17, D-10119 Berlin

☎ 030 / 44 93 736, Fax 030 / 44 34 28 34

eMail: pflugbeil.kvt@t-online.de

Berlin, den 27. November 2011

Pressemitteilung

Gesellschaft für Strahlenschutz: Die Grundregeln des Strahlenschutzes dürfen auch nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima nicht mißachtet werden

Die Gesellschaft für Strahlenschutz fragt: Wie viele Tote und Kranke infolge der Kernenergienutzung will die Bevölkerung akzeptieren?

Es gibt einen internationalen Konsens im Strahlenschutz, der es verbietet, kontaminierte Nahrungsmittel oder Abfälle aller Art dadurch „ungefährlich“ zu machen, daß man sie mit nicht kontaminierten Materialien vermischt und damit die spezifische Aktivität verringert. Die japanischen Behörden verstoßen gegenwärtig gegen das Verdünnungsverbot im Bereich der Nahrungsmittel und im Bereich der Beseitigung von Bauschutt aus der Region, die von Erdbeben, Kernkraftwerksunfall und Tsunami heimgesucht wurde. Die deutsche Gesellschaft für Strahlenschutz empfiehlt dringend, diese „Verdünnungspolitik“ zu unterlassen; andernfalls würde die gesamte japanische Bevölkerung einem zweiten Fukushima in Form einer schleichenden Kontamination ausgesetzt. Davor kann man sich schlechter schützen als vor räumlich klar begrenzten, sicher gestalteten und gut bewachten Deponien. Entsprechendes gilt für die „verdünnten“ Nahrungsmittel. Der gegenwärtig praktizierte Umgang mit kontaminierten Materialien und Nahrungsmitteln wird die gesundheitlichen Schäden in der Bevölkerung vergrößern.

Die in Japan begonnene Verteilung von kontaminiertem Material auf alle Präfekturen, dessen Verbrennung und die Verwendung der Asche beispielsweise zur Neulandgewinnung an der Küste ist aus Sicht des Strahlenschutzes eine Katastrophe. Dadurch werden die in diesen Materialien enthaltenen Radionuklide systematisch in die Umwelt gebracht – über die Schornsteine der Müllverbrennungsanlagen oder die ins Meer geschüttete kontaminierte Asche. Die Gesellschaft für Strahlenschutz empfiehlt dringend, diesbezügliche Pläne aufzugeben.

Zahlreiche Untersuchungen in Deutschland nach Tschernobyl haben gezeigt, daß Embryonen und Kleinkinder sehr viel empfindlicher auf Strahlenbelastungen reagieren als man das bisher für möglich gehalten hat. Hochsignifikante

Veränderungen im Bereich der Säuglingssterblichkeit, der angeborenen Fehlbildungen und des Verlustes noch ungeborener Mädchen haben nach Tschernobyl in Westeuropa – d.h. bei moderat oder gar sehr gering erhöhten Strahlendosen – Hunderttausende Kinder getroffen. Auch die Untersuchungen von Krebs und Leukämie bei Kleinkindern in der Umgebung der deutschen Kernkraftwerke (KiKK-Studie) deuten nachdrücklich darauf hin, daß schon sehr geringe Erhöhungen der Strahlendosis die Gesundheit der Kinder beeinträchtigen. Die Gesellschaft für Strahlenschutz empfiehlt dringend, wenigstens Familien mit schwangeren Frauen und Kindern weiträumiger als das bisher der Fall ist, bei der Umsiedlung aus belasteten Gebieten zu unterstützen. Die Gesellschaft für Strahlenschutz sieht es als tragische Fehlentscheidung an, Kindern eine Strahlendosis von 20 Millisievert pro Jahr zuzumuten.

Die gegenwärtig in Japan geltenden Grenzwerte für Radionuklide in Nahrungsmitteln schützen zwar Handel und Landwirtschaft vor Verlusten – aber nicht die Bevölkerung vor Strahlenschäden. Die Gesellschaft für Strahlenschutz weist nachdrücklich darauf hin, daß diese Grenzwerte bedeuten, daß die japanische Regierung eine erhebliche Anzahl tödlich verlaufender Krebserkrankungen, eine erhebliche Anzahl nicht tödlich verlaufender Krebserkrankungen und ein breites Spektrum anderer Gesundheitsschäden als akzeptabel erklärt. Keine Regierung darf auf diese Weise die Gesundheit der Bevölkerung mit Füßen treten. Die Gesellschaft für Strahlenschutz hält es für unbedingt erforderlich, daß eine öffentliche Diskussion in der ganzen Bevölkerung darüber stattfindet, wie viele Tote und Kranke die Gesellschaft für die Vorteile der Kernenergienutzung zu akzeptieren bereit ist. Diese Diskussion ist nicht nur in Japan erforderlich – sie ist auch im Rest der Welt von der Atomlobby und der Politik bisher verhindert worden.

Die Gesellschaft für Strahlenschutz appelliert dringend an die Bürger Japans: machen Sie sich sachkundig so gut Sie können. Fordern Sie eine drastische Senkung der Grenzwerte für Nahrungsmittel und eine strenge Nahrungsmittelkontrolle. Unterstützen Sie die unabhängigen Meßstellen, die sich bereits in mehreren Städten Japans gebildet haben.

Die Gesellschaft für Strahlenschutz appelliert an die Wissenschaftler Japans: Stellen Sie sich auf die Seite der japanischen Bürger, erklären Sie den Bürgern, was Radioaktivität ist und welche Schäden sie anrichten kann.

Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.

Dr. Sebastian Pflugbeil
Präsident